



Wolfgang Lemb

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Neuausrichtung der Investitionspolitik – die Positionen und Anforderungen der deutschen Gewerkschaften

Rede zur Investitionspolitischen Konferenz der IG Metall

„Investitionsschwäche überwinden – Zukunftsfähigkeit sichern“

Berlin, 23. September 2015

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
Gustav Horn hat uns heute Morgen schon einiges über die Ausmaße und die Ursachen des Investitionsdefizits gesagt.

Wir haben heute Morgen auch darüber diskutiert, welche Auswirkungen die Investitionslücke mittlerweile auf unsere Industriebetriebe hat.

Ich bin meinen Kollegen dankbar, dass sie klare Worte gefunden haben.

Zur Investitionspolitik der letzten Jahre kann ich als Vertreter der IG Metall nur sagen: Eine nachhaltige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie sieht anders aus.

Wachstum kann es nur mit Investitionen in die Zukunft geben. Hier ist die öffentliche Hand gefordert, hier ist aber auch der private Sektor gefordert.

Wenn in Deutschland auch weiterhin weniger als im Durchschnitt der OECD-Länder investiert wird, sieht es düster aus mit unserer Zukunft.

Eine hohe Produktivität lässt sich nur mit Investitionen der Unternehmen in deutsche Standorte und Beschäftigte sicherstellen. Nur so kann die Innovationsführerschaft auch in Zukunft aufrechterhalten werden.

Für eine hohe Produktivität ist aber auch eine leistungsfähige Infrastruktur notwendig. Investitionen in Infrastruktur und Bildung sind lange vernachlässigt worden.

Das Ergebnis kennen wir alle: Marode Straßen mit riesigen Schlaglöchern, Investitionsstaus bei Schiene, Schiffsverkehr, Energie- und Breitbandnetzen. So bieten wir keine attraktiven Standortbedingungen für Unternehmen und deren Beschäftigten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir müssen uns endlich im Klaren darüber werden, dass dem Patienten die falsche Medizin verordnet wurde.

Der Patient unterliegt der Haushaltsdisziplin, ihm wurde eine Sparsamkeitsdiät verabreicht. Jetzt leidet er an Auszehrung.

Jetzt muss der Patient – um im Bild zu bleiben – wieder aufgepäppelt werden, er braucht eine gehaltvolle Ernährung.

Eine gute Investitionspolitik für Deutschland – das gilt aber auch für Europa - ebnet den Weg zu neuem, qualitativem Wachstum und zu mehr Arbeitsplätzen.

Das ist leichter gesagt als getan – ich weiß.

Die Gewerkschaften fordern schon seit langem mehr Investitionen. Für uns ist das kein neues Thema. Aber wir waren lange Jahre die einsamen Rufer in der Wüste. Unsere Forderung nach Investitionsprogrammen wurde eher belächelt.

Inzwischen hat die Debatte Fahrt aufgenommen. Wirtschaftsforschungsinstitute wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) berechnen einen gewaltigen Investitionsstau und die daraus folgenden Wachstums- und Wohlstandsverluste.

Immer mehr nehmen den Investitionsstau wahr. Auch die Bundesregierung sieht dringenden Handlungsbedarf.

Deshalb berief Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel im Sommer 2014 eine Expertenkommission zum Thema Investitionen aus Unternehmens- und Gewerkschaftsvertretern, Verbandsspitzen und Wissenschaft.
Ich habe die IG Metall in dieser Expertenkommission vertreten.

Über den Sachstand der fehlenden Investitionen war sich die Expertenkommission schnell einig.

Spannender ist die Frage, wie diese zusätzlichen Investitionen finanziert werden sollen.

Der Bundeswirtschaftsminister hatte die Idee in die öffentliche Debatte geworfen, privates Kapital zur Finanzierung der Infrastruktur zu mobilisieren und damit gleichzeitig Lebensversicherungen und Rentenfonds Möglichkeiten zur Anlage von Kapital zu bieten.

Bei dieser Art der Finanzierung gibt es aus unserer Sicht drei grundsätzliche Probleme:

1. Private Anleger sind nicht zwingend an einer leistungsfähigen Infrastruktur interessiert, sie wollen möglichst hohe Renditen erzielen.
2. Außerdem konzentrieren sich private Investoren auf lukrative Infrastrukturprojekte. Mit einer solchen „Rosinenpickerei“ lässt sich keine flächendeckende Versorgung mit Infrastruktur gewährleisten.
3. Wenn diese Idee umgesetzt wird, können institutionelle Anleger entscheiden, wie öffentliche Infrastruktur und zu welchen Bedingungen bereitgestellt wird.

Konflikte waren in der Kommission also vorprogrammiert, zumal auch Vertreter von Kapitalanlegern berufen wurden.

Die Diskussionen waren an manchen Tagen kein Zuckerschlecken, das könnt Ihr mir glauben. Aber wir haben die Differenzen auch ausgetragen.

Mittlerweile liegt der Abschlussbericht vor.

Ein Konsens konnte nicht in allen Fragen erzielt werden. Die Positionen der Gewerkschaften sind in einem Sondervotum im Abschlussbericht formuliert.

Der Abschlussbericht macht Vorschläge, wie durch öffentliche Investitionstätigkeit und durch die Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen Anreize für mehr private Investitionen geschaffen werden können.

Die Vorschläge sind vielfältig und bleiben auf einer sehr allgemeinen Ebene. Es gibt aber auch drei konkrete Kernforderungen.

1. *Stärkung kommunaler Investitionen*

Die meisten öffentlichen Investitionen werden im kommunalen Bereich getätigt. Gerade der kommunale Investitionsnotstand ist besonders gravierend. Die Kommission empfiehlt zu seiner Überwindung

- einen „nationalen Investitionspakt für Kommunen“, der mit 15 Milliarden Euro in den nächsten drei Jahren zumindest den Substanzverfall stoppen soll;
- die Gründung einer „Infrastrukturgesellschaft für Kommunen“, die Kommunen bei der Projektauswahl und -planung unterstützen soll und
- öffentliche Kooperationen.

2. *Verkehrsinfrastruktur auf Bundesebene*

Es soll eine Verkehrsinfrastrukturgesellschaft gegründet werden, die in Zukunft die Bundesfernstraßen baut, instand hält und betreibt. Sie soll sich über Mauteinnahmen und die Mineralölsteuer finanzieren und mehrheitlich in öffentlicher Hand bleiben, aber privatrechtlich organisiert sein.

3. *Private Infrastrukturfinanzierung*

Die Kommission empfiehlt, einen öffentlichen Infrastrukturfonds einzurichten. Damit werden Investitionsmöglichkeiten für private institutionelle Anleger geschaffen. Außerdem soll ein Bürgerfonds geschaffen werden, der sich an individuelle Sparer richtet.

Die Idee hinter diesen Fonds: das Risiko für Anleger zu reduzieren und dem Staat eine zusätzliche Finanzierungsquelle für Infrastrukturprojekte zu eröffnen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

die IG Metall teilt mit allen Kommissionsmitgliedern die These des erheblichen Nachholbedarfs im Bereich öffentlicher und privater Investitionen.

Wir sagen aber auch: die formulierten Vorschläge gehen in die falsche Richtung.

Stattdessen schlagen wir in unserem Sondervotum einen Alternativweg, einen „Pakt zur gerechten Finanzierung und Umsetzung öffentlicher Investitionen“ vor.

Was sind unsere Forderungen?

Wir sagen:

1. *Öffentliche Investitionen müssen vorrangig aus Steuermitteln finanziert werden*

Das ist die günstigste Form, um private Gelder, die keine sinnvolle Anlagemöglichkeit finden, zur Finanzierung öffentlicher Investitionen heranzuziehen. Es fallen keine Zinszahlungen an.

Gleichzeitig werden dabei die Bürger entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt.

2. *Die öffentliche Hand muss den fiskalpolitischen Handlungsspielraum voll ausnutzen*

Allein im Jahr 2014 hätte der Staat einen Verschuldungsspielraum von etwa 35 Milliarden Euro ausschöpfen können, ohne gegen die Schuldenbremse zu verstoßen. Für 2015 werden es schätzungsweise 18,6, für 2016 17,8 und für 2017 13,1 Milliarden Euro sein.

Zudem kann sich die öffentliche Hand so günstig wie noch nie am Kapitalmarkt finanzieren. Das historisch einmalige Niedrigzinsumfeld von nur 0,2 Prozent für langfristige Bundesschulden sollte ausgenutzt werden.

Das ist auch im Interesse der künftigen Generationen.

3. *Öffentliche Investitionen von der Schuldenbremse ausnehmen*

Das heißt, die „Goldene Regel“ wieder anzuwenden und damit die öffentliche Neuverschuldung in Höhe der öffentlichen Investitionen zu erlauben.

Finanzpolitisch ist das eine saubere Lösung. Die Finanzierung einer Investition wird über die gesamte Nutzungsdauer verteilt. Jedes Unternehmen und jeder private Häuslebauer verfährt so.

4. *Hohe Einkommen und große Vermögen besteuern, Abgeltungssteuer abschaffen*

Um die öffentlichen Investitionen zu finanzieren, brauchen wir höhere Steuereinnahmen. Deshalb fordern wir die bisherigen Steuerprivilegien für hohe Vermögen, Einkommen und Erbschaften abzubauen.

Erst dann, wenn alle diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind und es immer noch eine Finanzierungslücke gibt, können neue Finanzierungsinstrumente, wie zum Beispiel der öffentliche Infrastrukturfonds oder der Bürgerfonds, umgesetzt werden.

Aber auch in diesem Fall gilt: Die private Finanzierung darf nicht wesentlich teurer sein als eine direkte Kreditaufnahme durch den Staat. Finanzierungsmodelle, die die Kosten für die öffentliche Hand langfristig in die Höhe treiben, wären kontraproduktiv.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir stehen ÖPP-Projekten sehr kritisch gegenüber.

Private können nicht alles besser als der Staat.

Die Expertise des Bundesrechnungshofs belegt unsere Sichtweise.
Danach sind öffentlich-private Partnerschaften bei fast allen Autobahnen teurer als eine öffentliche, konventionelle Finanzierung.

Private Investoren sind gewinnorientiert, sie wollen hohe Renditen erzielen. Das Geld für diese Renditen fällt nicht vom Himmel. Es muss vom Auftraggeber, also dem Staat, bezahlt werden.

Zudem kann der Staat viel günstiger finanzieren. Die Verzinsung für öffentliche Kredite ist extrem niedrig. Da können private Investoren nicht mithalten.

Außerdem konzentrieren sich private Investoren auf lukrative Infrastrukturprojekte, was einer flächendeckenden Versorgung widerspricht.

Wenn sich die Versicherungswirtschaft an Infrastrukturprojekten finanziell beteiligt, dann wären die Nutznießer Besitzer von Lebensversicherungen, aber die Kosten müssen alle Steuerzahler tragen.

Kritisch sehen wir auch die steuerpolitischen Vorschläge.
Sie entlasten einseitig die Unternehmen.

Sie würden zu empfindlichen Steuerausfällen in Höhe von **fast 5 Milliarden Euro** führen. Dies war auch in der Expertenkommission unstrittig.

Dabei braucht der Staat ja gerade mehr Geld, um mehr Investitionen finanzieren zu können.

Würden die Vorschläge umgesetzt, zementierten sie nicht nur die ohnehin ungleiche steuerliche Belastung von Arbeit und Kapital, sie würden die Schere zulasten des Faktors Arbeit, aber auch zulasten der öffentlichen Hand, weiter öffnen.

Die Hoffnung, dass steuerliche Entlastungen der Unternehmen zu mehr Investitionen führen, ist trügerisch. Das zeigen die letzten großen Steuergeschenke.

Wir erinnern uns: Anfang 2000 wurde der Spitzensteuersatz und die Körperschaftssteuer gesenkt, bereits 1997 wurde die Vermögenssteuer ausgesetzt. Trotz dieser Steuersenkungsmaßnahmen wurde nicht mehr investiert, im Gegenteil. Nur die Steuereinnahmen sanken. Was uns geradewegs in die heutige Misere geführt hat.

Außerdem sind die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen äußerst günstig. Die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Zinsen für die Unternehmen, die auf eine Fremdfinanzierung angewiesen sind, sind auf einem Tiefstand. Umsatzrenditen nach Steuern sind zurzeit auf einem sehr hohen Niveau.

Es sind also nicht die Finanzierungsbedingungen, die höhere Investitionen verhindern.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
für die gewerkschaftlichen Vertreter der Kommission waren die europapolitischen Aspekte der Investitionspolitik sehr wichtig.

Eine Beibehaltung der derzeitigen Politik verstärkt - vor allem in einem sehr schwachen wirtschaftlichen Umfeld in Teilen Europas - die bereits eingeschlagene Abwärtsspirale aus Lohndeflation und wachsender Massenarmut.

Sie schwächt die Nachfrage durch Kaufkraftentzug und befördert den Zusammenbruch der lokalen Märkte. Investitionen werden in diesen schrumpfenden Märkten folglich zurückgefahren.

Wollen wir für Europa die dringend benötigte Konjunkturbelebung, wollen wir neue, gute Arbeitsplätze schaffen, wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichern, dann gibt es keine Alternative: Wir müssen massiv investieren.

Junckers Investitionsplan ist dafür ein guter Anfang. Er greift teilweise Forderungen der Gewerkschaften nach einem Marshallplan für Wachstum und Beschäftigung in Europa auf.

Junckers Investitionsplan reicht aber bei weitem nicht aus.

Im Mittelpunkt steht der „Europäische Fonds für strategische Investitionen“ mit einem Anfangskapital von 21 Milliarden Euro - 16 Milliarden Garantien aus dem EU-Haushalt und 5 Milliarden EIB-Kredite.

Also kein frisches, zusätzliches Geld.

Mit diesen Garantien sollen private Investitionen in risikobehaftete Projekte und langfristige Investitionen abgesichert werden. Nach der Planung sollen so insgesamt 315 Milliarden Euro für Investitionen mobilisiert werden.

Der Ansatz weist in die richtige Richtung, er birgt aber einige Fallstricke:

Sind private Investoren trotz der Risikoübernahme überhaupt bereit, in einen schrumpfenden europäischen Markt zu investieren? Durch die Austeritätspolitik der letzten Jahre, die z.B. die südeuropäischen Länder hart getroffen hat, fehlt in Europa eine nachhaltig wachsende private und öffentliche Nachfrage. Risikoübernahme allein reicht da nicht aus.

Dazu kommt: Die europäische Industrie ist in den dynamisch wachsenden Märkten in Asien und USA mit local-content-Vorschriften konfrontiert, die sie geradezu zwingen,

in diesen Märkten zu investieren. Befürchten muss man daher, dass Investitionen in den europäischen Heimatmärkten unterbleiben.

Außerdem ist bisher nicht sichergestellt, dass es sich bei den geförderten Projekten überhaupt um **zusätzliche** Projekte handelt. Hier gibt es bisher zahlreiche Umbuchungen.

Darüber hinaus ist nicht geklärt, wie besonders betroffene Länder – wie zum Beispiel Griechenland – von dem „Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) profitieren können, da die EFSI-Projekte kofinanziert werden müssen, was einige Länder aufgrund der Vorgaben der Institutionen aber nicht können.

Außerdem: 315 Milliarden Euro erscheinen nur auf den ersten Blick als gigantische Summe.

Die Summe reduziert sich schon, wenn wir den Zeitfaktor betrachten. Das Geld verteilt sich auf drei Jahre.

Ein paar Vergleichszahlen relativieren den Betrag weiter:

für die Rettung der sogenannten systemrelevanten Banken wurden eine **Billion** Euro von den Steuerzahlern, also von uns allen - na sagen wir von fast allen außer Starbucks und Co - eingesammelt.

Die Politik muss erreichen, dass dieses Geld vom Finanz- und Spekulationsmarkt in die reale Wirtschaft fließt! Und gegenwärtig gibt es in Europa über 30 Billionen Euro privates Netto-Anlagevermögen.

Die als Initialzündung gedachten 21 Milliarden Euro müssen deutlich aufgestockt werden. Das ist realistisch und möglich:

→über eine einmalig europaweit auf besonders große Vermögen erhobene „Investitionsförderungsabgabe“. Damit ließen sich über 100 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen.

→über 80 Milliarden Euro, die gegenwärtig im European Stability Mechanism (ESM) gewissermaßen geparkt und nicht genutzt werden, bis wieder „systemrelevante“ Banken zum Retten anstehen. Dieses Geld wird aber jetzt gebraucht.

Und wir sehen noch weiteren Handlungsbedarf:

Der Juncker-Plan muss zu einem echten Investitionsfonds, der auch direkt investiert, ausgebaut werden.

Der „Europäische Fonds für strategische Investitionen“ (EFSl) muss, so unser Vorschlag, in der Expertenkommission in eine langfristige Investitions- und Modernisierungsagentur für Europa ausgebaut werden.

Und auf diese will ich zum Schluss noch einmal zurückkommen.

Ich habe eingangs erwähnt, dass in der Expertenkommission unterschiedliche Sichtweisen aufeinander prallten, die sich in unserem Sondervotum niedergeschlagen haben.

Das Thema Investitionen wird nun in der Arbeitsgruppe II. des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ weiterdiskutiert.

Hier muss das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) auch deutlich machen, wie in der weiteren Debatte mit dem Sondervotum der Gewerkschaften umgegangen werden soll.

Denn eines ist klar, unter den Teppich kehren, das lassen wir nicht zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.